



Niederschrift

über die 33. Sitzung des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld
am 11.05.2023

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages vom 30.03.2023
- 6 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen
- 7 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse sowie Informationen der Verwaltung
- 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 9 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 9.1 Beitrittsbeschluss zur Haushaltsbegleitverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2023 BV/0742/2023
- 9.2 Bezuschussung der Köthen Kultur und Marketing GmbH BV/0735/2023
- 9.3 Aufnahme eines Kredites BV/0739/2023
- 9.4 Nachwahl der Stellvertreterin des weiteren Vertreters der IHK Halle-Dessau für die V. Wahlperiode der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg BV/0741/2023
- 9.5 Überplanmäßige Auszahlung für die Förderschule "Schule an der Kastanie" Bitterfeld-Wolfen BV/0743/2023
- 10 Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Wolpert, Vorsitzender, eröffnete die 33. Sitzung des Kreistages.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung waren 40 Mitglieder und der Landrat anwesend. Der Kreistag war mit 74,55 % beschlussfähig.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungsanträge.
Die Tagesordnung wurde mehrheitlich mit 39 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme, bei 1 Enthaltung, bestätigt.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es gab keine Anfragen von den anwesenden Gästen.

Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages vom 30.03.2023

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift vom 30.03.2023 lagen keine schriftlichen und mündlichen Einwendungen vor.
Der öffentliche Teil der Niederschrift wurde einstimmig mit 38 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, bestätigt.

Punkt 6. Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen

Es wurden keine Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung des Kreistages am 30.03.2023 gefasst.

Punkt 7. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse sowie Informationen der Verwaltung

Herr Grabner erinnerte an die Tage zwischen dem 12.07.2021 und 19.07.2021. Insbesondere waren es 24 Stunden, die bestimmte Regionen in Deutschland geprägt haben, u.a. in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die schwere Hochwasserkatastrophe war u.a. am 14./15.07.2021, bei welcher mehr als 180 Menschen starben. Darunter waren auch 5 Feuerwehrleute, die sich im Einsatz befanden. Insbesondere betraf es den Landkreis Ahrweiler. Eine Organisationseinheit aus unserem Landkreis, der Deutsche Förderverein für Sanitätswesen e.V., leistete dort für mehrere Tage Hilfe. Insgesamt waren es 9 Kameradinnen und Kameraden mit folgenden Einsatztagen:

Mike Donner:	5 Einsatztage
Jörg Kleindienst:	12 Einsatztage
Julian Miethig:	16 Einsatztage
Bernd Rogaischus:	5 Einsatztage
Sebastian Scholz:	24 Einsatztage
Christina Schulz:	12 Einsatztage
Raimund Schulz:	28 Einsatztage
Dieter Stüwe:	12 Einsatztage
Simone Stüwe:	12 Einsatztage

Die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Frau Malu Dreyer, und der Staatsminister des Innern und für Sport, Herr Michael Ebling, haben eine Flutmedaille entworfen und darum gebeten, diese Medaille den Kameraden und Kameradinnen ehrenhaft zu übergeben.

Es erfolgte die feierliche Übergabe durch Herrn Grabner und Herrn Wolpert.

(Herr Berkenbusch gekommen = 41+1 = 76,36%)

Weiterhin gab **Herr Grabner** Informationen zu den Beschlüssen der beschließenden Ausschüsse des Kreistages Anhalt-Bitterfeld, welche als Anlage beigefügt werden.

Informationen zum Baufortschrittsbericht:

Hochbau:

Leitstelle Bitterfeld:

- Einreichung des Bauantrages für Anfang Juli 2023 geplant
- Planungsunterlagen wurden noch einmal überarbeitet

Sekundarschule I Wolfen-Nord

- Restarbeiten an Außenanlagen werden momentan ausgeführt

Turnhalle Krondorf

- aktuell werden noch Leimholzbauarbeiten ausgeführt
- Metallbauarbeiten werden fertiggestellt
- Gerüst kann voraussichtlich ab 20. KW zurückgebaut werden
- Projektierung des Lichtbandes erfolgt momentan, welches voraussichtlich ab 26. KW zurückgebaut und neu eingebaut werden soll
- Fertigstellung mit Beginn des neuen Schuljahres
- letzten Endes hängt es an der Abnahme der Prüflingenieure, man versucht, einen entsprechenden Termin zu bekommen

Förderschule Güterglück

- Brandschutzmaßnahmen werden fortgeführt – Anbau von 2 Treppentürmen
- derzeit wird Haus 1 und 2 eingerüstet

Ersatzneubau Turnhalle Völkerfreundschaft

- aktuell in der Ausschreibungsphase:
 - o Gewerke Elektrotechnik/Blitzschutz, Gewerke Heizung, Lüftung, Sanitär, Gewerk Dachtragwerk als auch Fenster und Türen sind veröffentlicht
 - o Gewerk Innenputzarbeiten und Trockenbauarbeiten sind bereits als Ausschreibung veröffentlicht
- Bautenstand:
 - o Fertigstellung der Bodenplatte
 - o Halbfertigteilwände an Giebelseiten der Turnhalle sind montiert und betoniert
- Fertigstellungstermin verzögert sich um ca. 7 Wochen auf Grund Schlechtwetterfrist und einer zu erfolgenden Trinkwasserverlegung

Sekundarschule Völkerfreundschaft

- momentan Gewerke Malerarbeiten, Bodenbelagsarbeiten, Elektroarbeiten, Heizung, Lüftung, Sanitär in Ausführung
- parallel dazu wird an den Freianlagen gearbeitet

Digitalpakt Schulen

- Planer ist dabei, die Schulen aufzumessen
- Für jede Schule wird für jeden Klassenraum ein 3 D-Bild erstellt, um anbindend die Leistungsverzeichnisse für die passive Technik zu erstellen und in die Ausschreibungsphase zu gehen.

Tiefbau:

K 2055 OD Thalheim, 2. BA

- Fertigstellung voraussichtlich am 16.06.2023

(Herr Schönemann gekommen = 42+1 = 78,18%)

Weitere Informationen:

- Eröffnung der Geburtenstation zum 01.07.2023 kann noch nicht erfolgen, es mangelt momentan an 2 Fachärzten und 4 Anästhesisten, Hebammen und Kinderkrankenschwestern.
- Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass die Eröffnung noch in diesem Jahr erfolgt.
- Der nächste umfangreiche Bericht des Gesundheitszentrums wird im Gesundheits- und Sozialausschuss stattfinden.
- Information einer geplanten Beanstandung des Beschlusses zur Fortführung der SchülerRegio Card:

- Momentan befindet man sich in der Anhörungsphase gegenüber der oberen Kommunalaufsicht. Diese hat den Beschluss zu beanstanden. Durch unser Haus wird die Stellungnahme erarbeitet.

Punkt 8. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Die nächste Sitzung des Kreistages findet am 22.06.2023, 18.00 Uhr im Kreistagssitzungssaal der Landkreisverwaltung statt.

Punkt 9. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Punkt 9.1. Beitrittsbeschluss zur Haushaltsbegleitverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2023 Vorlage: BV/0742/2023

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0742/2023** wurde **mehrheitlich** mit 36 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen, bei 5 Enthaltungen, bestätigt.

Beschluss-Nr.: 188-33/2023

Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld tritt der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2023, Az. 206.4.4-10402-LK ABI-HH 2023 vom 31.03.2023 bei. Der in § 2 der Haushaltssatzung festgelegte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) wird auf 6.602.700 Euro festgesetzt. Die Genehmigung erfolgt unter der aufschiebenden Bedingung, dass ein Betrag in Höhe von 580.000 Euro erst nach der Bestätigung eines Wirtschaftlichkeitsnachweises durch das Landesverwaltungsamt für die Durchführung des Winterdienstes in Eigenregie aufgenommen werden darf.

Der Landrat erlässt gemäß § 27 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO LSA) eine haushaltswirtschaftliche Sperre in Höhe von mindestens 3.932.400 Euro für das Haushaltsjahr 2023. Eine darüber hinausgehende Sperre bleibt dem Landrat vorbehalten.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept wird bis zum 31.01.2024 überarbeitet und dem Landesverwaltungsamt zur Prüfung vorgelegt.

Punkt 9.2. Bezuschussung der Köthen Kultur und Marketing GmbH
Vorlage: BV/0735/2023

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0735/2023** wurde **mehrheitlich** mit 30 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen, bei 9 Enthaltungen, bestätigt.

Beschluss-Nr.: 189-33/2023

Der Kreistag erteilt seine Zustimmung zur als Anlage 1 beigefügten Änderung des Gesellschaftsvertrages der Köthen Kultur und Marketing GmbH und ermächtigt den Landrat zur dementsprechenden Abstimmung in der Gesellschafterversammlung und Unterzeichnung der Gesellschaftsvertragsänderung.

Punkt 9.3. Aufnahme eines Kredites
Vorlage: BV/0739/2023

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0739/2023** wurde **einstimmig** mit 40 Ja-Stimmen, bei 3 Gegenstimmen, bestätigt.

Beschluss-Nr.: 190-33/2023

Der Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld beschließt die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 2.054.000 Euro. Dieser wird für die Umschuldung des Kredites „14-B“ aufgenommen.

Punkt 9.4. Nachwahl der Stellvertreterin des weiteren Vertreters der IHK Halle-Dessau für die V. Wahlperiode der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg
Vorlage: BV/0741/2023

Herr Heeg fragte, wessen Stellvertreterin Frau Pielert wird?

Herr Grabner antwortete, dass es Herr Hong sein sollte. Dieser war bislang Vertreter und mit dem Ausscheiden der Frau Enkerts ist er nachgerückt und nun braucht man einen Vertreter.

Herr Wolpert erläuterte, dass Frau Enkerts diejenige ist, die vertreten wird. Die Vorlage ist missverständlich.

Da nur ein Wahlvorschlag vorlag, wies **Herr Wolpert** darauf hin, dass hier offen gewählt werden kann. Er fragte, ob jemand einer offenen Abstimmung widerspricht. Dies war nicht der Fall. Somit erfolgte die offene Wahl.

Frau Kathleen Pielert wurde mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen und 9 Gegenstimmen, bei 3 Enthaltungen, als Stellvertreterin des weiteren Vertreters der Institution IHK Halle-Dessau in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg gewählt.

Beschluss-Nr.: 191-33/2023

Der Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld wählt Frau Kathleen Pielert, wohnhaft in der Stadt Zörbig, als Stellvertreterin des weiteren Vertreters der Institution IHK Halle-Dessau in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.

**Punkt 9.5. Überplanmäßige Auszahlung für die Förderschule "Schule an der Kastanie" Bitterfeld-Wolfen
Vorlage: BV/0743/2023**

Herr Grabner machte folgende Ausführungen. Es gibt einen starken Zuwachs in der Förderschule. Bis zum 09.05.2023 ging man noch von einer Schülerzahl von 19 aus. Am 09.05.2023 wurde vom Landesschulamt die aktuelle Zahl übermittelt. Der Bedarf liegt nunmehr bei 10 Schülerinnen und Schüler, die man zusätzlich in 2023/2024 aufnehmen muss. Es gab kurzfristig eine überarbeitete Beschlussvorlage. Die ursprüngliche Fassung hatte einen Mehrbedarf von 1,3 Mio. Euro vorgesehen bei 5 + 2 Klassenzimmern. Die zusätzlichen 2 Klassenzimmer würde man jetzt erst einmal wieder streichen. Es verbleibt bei 5 Klassenzimmer in Form der mobilen Lösung, zusätzlich dazu würde man noch 1 Lehrerzimmer anbauen, aber bereits die Erdbaumaßnahmen so vorsehen, dass ggf. 2 weitere mobile Containerlösungen angedockt werden können. Die Firma Alteco hatte den Zuschlag bekommen und wird die jetzige Version so vorbereiten, dass dann noch Türen eingesetzt werden können und die Mobile nahtlos angeknüpft werden. Die Schulleiterin geht davon aus, dass ein Teil der Schülerinnen und Schüler, die dort nicht in der Sonderschule beschult werden sollen, dann nach dem 1. Schuljahr doch wieder in die Förderschule gehen müssen. Hintergrund ist, dass die Eltern versuchen, die Kinder erst einmal in einer Regelschule zu beschulen und dann feststellen, dass es nicht ausreicht, so dass die Kinder 1 Jahr später zusätzlich an dem Standort beschult werden müssen. Er bat um Zustimmung, der 730.000 EUR für die 5 Container, 1 Lehrerzimmer und die Erdbaumaßnahmen.

Herr Roi hatte eine Nachfrage. Als die knapp 1,7 Mio. Euro beschlossen wurden, hieß es, dass das Landesschulamt bei bestimmten Kindern eine Einschätzung trifft, dass diese nicht einschulfähig sind. Wer hat denn da das letzte Wort?

Herr Grabner erklärte, dass bei gravierenden Defiziten das Landesschulamt eine Empfehlung ausspricht. Die Eltern können sich aber noch darüber hinwegsetzen. Wenn die Regelschule feststellt, dass es überhaupt nicht geht, muss das Kind letzten Endes in der Förderschule beschult werden.

Frau Zoschke ging davon aus, dass die Baumaßnahmen in den großen Ferien stattfinden. Wie sehen die Sicherheitsmaßnahmen auf den Schulhof aus, wenn die Firma das Gelände schon für die nächsten 2 Module vorbereitet?

Herr Grabner antwortete, dass nach momentanen Stand Punktfundamente eingebracht werden. Diese werden entsprechend abgedeckt, so dass es dort keine Probleme gibt. Die Verdichtungsarbeiten und Abtrag des Bodens sind jetzt schon passiert. Es würde eine Zusatzschicht drüber gebracht werden, damit dort keine Gefahr besteht. Die Arbeiten werden nicht gänzlich in den Sommerferien zu Ende gebracht werden können. Schon vor dem Hintergrund der längeren Bauzeit für die Container sind momentan in verschiedenen Gesprächen zur Überbrückung der fehlenden Klassenräume bis zum möglichen Einzug.

Herr Urban bezog sich auf die Aussage im Kreis- und Finanzausschuss, dass es weitere Containerlösungen geben muss. Kann diesbezüglich schon eine Aussage getroffen werden, auch wie es unterjährig umgesetzt werden soll? Wie ist der Plan?

Herr Grabner antwortete, dass es derzeit so aussieht, dass die Gemeinschaftsschule Muldenstein betroffen wäre und die Sekundarschule in Roitzsch. Man ist aber noch nicht endgültig bei dem Stand, dass es aussagekräftig wäre.

Herr Urban stellte fest, dass die Umschulung keinen Effekt erzielte. Gab es in Roitzsch auch nochmal einen Aufwuchs? Kann man das in Roitzsch nochmal nachlesen?

Herr Grabner erklärte, dass die mobile Lösung vorübergehend für die nächsten 3 oder 4 Schuljahre wäre. Danach entspannt sich die Situation und die eigentlichen Klassenräume wären wieder ausreichend.

Herr Honsa fragte, wenn man die Kapazität der Räume erhöht, ist dann auch die Kapazitätserhöhung beim Personal oder den Lehrern abgesichert?

Herr Grabner erklärte, dass hier für jede Klasse zwei Sonderpädagogen vorgesehen sind.

Die **Vorlage 0743/2023** wurde **mehrheitlich** mit 41 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme, bei 1 Enthaltung, bestätigt.

Beschluss-Nr.: 182-33/2023

Der Kreistag Anhalt-Bitterfeld beschließt die überplanmäßige Auszahlung i.H.v. ca. 730.000,00 EUR für die Erweiterung des Modulgebäudes um drei Module (Haupteingang und Lehrerzimmer) unter Beachtung der Bestimmungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführungen gem. § 104 KVG LSA.

Punkt 10. Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder

Herr Egert sagte, dass zur Diskussion und Abstimmung des Rettungsdienstes viele Vorwürfe gegenüber dem aktuellen Erbringer dieser Leistungen aufkamen, gerade im Bereich Personal, Arbeitszeiten, Zustände, etc. Er fragte, ob seither seitens des Landkreises Kontrollen vorgenommen wurden bzw. ob der Wunsch geäußert wurde, regelmäßig Bericht zu erstatten, wie die Situation optimiert und der Einsatz des Personals geprüft wird?

Herr Grabner sagte, dass die Antwort dem Protokoll beigefügt wird.

(Herr Hemmerling gekommen = 43+1 = 80,00%)

Herr Loth fragte, wann, wo und wie die Ausschreibung zum Rettungsdienst besprochen wird und welche Mittel er habe, sich dann dazu einzubringen?

Herr Grabner antwortete, dass wir momentan in der internen Prüfung sind, inwieweit die Ausschreibung auf mehrere Lose verteilt wird. Ist dies intern geklärt, wird damit in den entsprechenden Fachausschuss gegangen und die Mitglieder werden entsprechend mit eingebunden.

Weiter sagte **Herr Loth**, dass die Stadt Raguhn-Jeßnitz immer auf Zuarbeiten vom Landkreis wartet, so konnte z. B. der Ausschuss für Ordnung längere Zeit nicht tagen, da gewisse Zuarbeiten vom Landkreis fehlten. **Herr Loth** bat darum, dass Zuarbeiten künftig schneller erfolgen sollen.

Herr Grabner gab an, dass wir konkrete Hinweise brauchen, welche Zuarbeiten fehlen.

Frau Zoschke erklärte, dass im letzten Sozial- und Gesundheitsausschuss Frau Laudien die Situation im Pflegebereich geschildert hatte und vom Landrat zugesichert wurde, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Kreistag an beide zuständigen Sozialminister (Land und Bund) einen Brief schreiben. Frau Zoschke fragte nach dem Ist-Stand dieses gemeinsamen Weges?

Herr Grabner schlug vor, dass der Entwurf des Briefes zum Ausschuss vorgestellt wird und nach Freigabe dann versendet werden wird.

Herr Heeg fragte, ob die Kreistagssitzung am 22.06.2023 auf einen anderen Termin vorverlegt werden kann, da am gleichen Abend in Köthen das Abel-Fest eröffnet wird.

Herr Wolpert erklärte, dass er dies vorab mit dem Landrat besprochen hatte, aber es terminlich nicht anders vereinbar ist, so dass der Termin am 22.06.2023 bestehen bleibt.

Herr Krillwitz bezog sich auf eine Demonstration von Flüchtlingen, welche am 25.04.2023 vor der Landkreisverwaltung in Bitterfeld stattfand. Er dankte Herrn Grabner, dass er dort relativ klare Worte gefunden hat. Dasselbe gilt für Herrn Wolkenhaar, der ebenfalls anwesend war. Die aufgestellten Forderungen stießen bei der Bevölkerung, zumindest zum großen Teil, auf Unverständnis. Wenn Leute sagen, sie stehen wegen Geld an, ist es ein Schlag ins Gesicht für Leute, die jeden Tag hart arbeiten und ins System einzahlen. Im Landkreis Bautzen gibt es mittlerweile für nicht abgeschlossene Fälle nur noch Sachleistungen, statt Geldleistungen. Die Bundes-FDP hat sich diese Forderung zu Eigen gemacht. Wäre so ein Modell auch in Anhalt-Bitterfeld denkbar? Somit müsste man den Flüchtlingen nicht mehr zumuten, sich nach Geld anzustellen.

Herr Böddeker erklärte, dass er das Modell in Bautzen nicht kennt. Die Frage, ob es denkbar ist, wird schriftlich beantwortet.

Herr Olenicak fragte, ob es schon Fortschritte beim Beschwerdemanagement des Rettungsdienstes gibt. Es gab die Diskussion um die Neuausschreibung bzw. Eigenbetrieb. Es gab diverse Anschuldigungen, dass dies oder jenes nicht richtig laufen würde. Innerhalb der Diskussion gab es die Forderung oder den Wunsch nach einer Verbesserung des Beschwerdemanagements, um genau festzustellen, ob es wirklich Missstände gibt und diese auch dokumentiert sind, um dann vielleicht zukünftig Missstände auch seitens der Landkreisverwaltung benennen zu können.

Herr Grabner konnte konkret nichts dazu sagen. Er wird es hinterfragen und die Antwort zu Protokoll geben.

Herr Loth fragte, was in unserem Landkreis dagegensprechen würde, solch ein System einzuführen? Welche gesetzlichen Möglichkeiten hat das Land Sachsen-Anhalt, explizit solch eine Möglichkeit auszuschließen?

Herr Böddeker erklärte, dass es geprüft wird. Es ist kein neues Thema und man wird es umfangreich beantworten.

Herr Roi bezog sich auf das Thema Rettungsdienst. Es wurde hierbei auf ein Schreiben von Notärzten abgestellt. In der Zwischenzeit hatte er das Schreiben gelesen. Ihn interessiert explizit eine Stellungnahme des Landkreises. Es sind eine ganze Reihe von Unterschriften darunter und eine ganze Reihe von Vorwürfen und Missständen aufgegriffen. Die Entscheidung ist ja nun gefallen, jedoch hat man bis zum Ende des nächsten Jahres mit den Trägern noch zu tun. Deshalb ist es geboten, diese Probleme schnellstmöglich abzustellen. Vielleicht können sich die Zuständigkeiten dazu äußern. Es wäre interessant, es dem Kreistag mal vorzulegen.

Herr Wolpert sah nichts, was dagegensprechen würde, die Frage in der schriftlichen Antwort mit einzubeziehen, die Herr Grabner Herrn Olenicak zugesichert hat.

Herr Urban bezog sich auf die Wildschweinproblematik der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Der Stadtjäger hat eine Verfügung von der unteren Jagdbehörde des Landkreises bekommen, dass er erlegtes Schwarzwild auf den Flächen des Chemieparks nicht mehr verwenden darf. Er muss es in die zentrale Sammelstelle in Dessau bringen. Auf wessen Kosten? Auf Grund dessen muss er die Jagt jetzt einstellen. Bisher war er erfolgreich dran, das Problem in den Griff zu kriegen und stellt es sofort ein. Es muss eine Lösung gefunden werden. Er bat den Landrat, mit dem Stadtjäger der Stadt Bitterfeld-Wolfen eine Lösung zur Kostenübernahme zu finden.

Herr Grabner war einerseits froh, dass gestoppt wurde, dass die geschossenen Tiere an die Frau oder den Mann gebracht wurden sind. Dort ist kontaminierter Boden und kontaminiertes Areal und es ist vorgeschrieben, dass die erlegten Tiere tatsächlich einer Untersuchung zugeführt werden. Es liegt insbesondere im Interesse der Stadt Bitterfeld-Wolfen, dass die Wildschweinplage dort ein Stück zurückgeführt wird. Er ging davon aus, dass seitens der Stadt eine Lösung gefunden wird, dass die Untersuchungskosten ihm erstattet werden.

Herr Urban regte an, hier eine gemeinsame Lösung zu finden, da ein Wildschwein am Tag mehrere Kilometer zurücklegt. Es kann auch zugelaufen sein.

gez. Veit Wolpert
Vorsitzende/r des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld

gez.
Protokollant/in